REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 3.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 305 A | BERLIN • Mittwoch, den 25. Januar 1933 | 2. JAHRGANG

Vor dem Staatsstreich.

Schicksalsstunde der deutschen Arbeiterschaft.

W—er. Das Gefeilsche um die Regierungsmacht innerhalb Deutschlands wird mit Recht von allen unverbildeten Menschen als widerwärtig empfunden. Trotzdem darf man es nicht einfach so betrachten, als ob nur einige persönliche Konkurrenten sich um gutbezahlte Stellen stritten. Es handelt sich um mehr. Die deutsche führende Kapitalistenschicht, die Schwerindustrie und das Großgrundeigentum, ist in einer Krise, die mit den gewöhnlichen Mitteln nicht mehr zu beheben ist. Die Geduld derjenigen, die man ausplündern könnte, um Existenzen wie Oldenburg-Januschau und noch fragwürdigere zu finanzieren, ist am Ende, und darüber hinaus: auch ihr Geld ist äußerst knapp.

Als Begleiterscheinung der ungeheuerlichen Not, in die die arbeitende Bevölkerung zu Gunsten der ostelbischen und westelbischen Schmarotzer geraten ist, hat die Verzweiflungsstimmung innerhalb dieser Bevölkerung zugenommen. Manche von ihnen sind zum Klassenbewußtsein erwacht und haben sich der organisierten Arbeiterschaft angeschlossen; viele aber sind mit Hilfe des Reklamefonds gerade der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie in den großen Haufen des Hitlerschen Massenwahnsinns eingegangen. Dieser Haufen, von seinen Förderern als ein Mittel gedacht, die Arbeiter äußerstenfalls auch physisch niederzutrampeln,

droht zum Selbstzweck zu werden.

Einzelne Teile seiner Gönner stehen da wie der Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht los wurde.

Der Hausknecht möchte Chef werden.

In der Not frißt der Teufel Fliegen, und da die Not auch für die Reaktion gestiegen ist, kann sie es sich bald nicht mehr leisten, getrennt zu marschieren. Sie ist deshalb bestrebt, alles unter einen Hut zu bringen: Generäle, Großgrundbesitzer, Schwerindustrielle und Pfaffen — das Kriegsquartett, natürlich alle mit ihrem Anhang! Man ist sich einig darin, daß an der Verfassung etwas „geändert" werden müsse, natürlich gerade soviel,

daß die Arbeiterschaft in ihren Rechten abhängt von der herrschenden Klasse.

Der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung wird nun einmal ein Programm, wie es dieser Klasse vorschwebt, nicht annehmen. Auch ein neu gewählter wird sich aller Voraussicht nach nicht wesentlich von dem jetzigen unterscheiden, und es taucht daher die Frage auf:

Soll man nicht überhaupt den Reichstag liquidieren?

In diesem Zusammenhang interessiert die Frage, wie der Reichspräsident einen solchen offenen Verfassungsbruch verantworten kann. Hier wäre die einfachste „Lösung", daß Hindenburg von seinem Posten zurückträte, sodaß jedenfalls er den Staatsstreich nicht verübte. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", ein schwerindustrielles Blatt mit staatlichem Einschlag, schreibt zu dieser Frage:

„Kann daher mit dem Reichstag nicht regiert werden, dann muß es eine Zeitlang ohne Reichstag gehen. Hier entsteht für Hindenburg die schwerwiegende Entscheidungsfrage.... Es ist die Pflicht des Reichskanzlers und der Reichsregierung, die geeigneten Mittel zur Ueberwindung dieses Gewissenskonflikts vorzuschlagen und sich dafür vor dem Volk einzusetzen. Die zeitweilige Aufhebung bestimmter Teile der Reichsverfassung ist in ihr selbst vorgesehen."

Uns scheint, daß dies eine Mahnung in der Richtung sein soll, die wir hier angedeutet haben.

Der Weg ins Elend.

Wir haben das Programm einer kapitalistisch-imperialistischen „Krisenüberwindung" neulich kurz angedeutet: Es führt von einer völligen Militarisierung und einer gewaltsamen Unterdrückung aller kritischen Stimmen zur Ableitung der Empörung über die Ausplünderung durch „Volksgenossen" auf den „auswärtigen Feind" und damit zum imperialistischen Krieg. Ein solches Programm durchzuführen, erfordert selbstverständlich gegenüber der organisierten deutschen Arbeiterschaft eine ungeheure Konzentration an Macht und eine ebenso unerhörte Brutalität in der Anwendung dieser Machtmittel. Uns scheint, daß die bisherigen Machthaber sich zu diesem Akt der konsequenten Faschisierung noch nicht entschließen konnten, weil sie, und zwar mit Recht, fürchten, zwar den Anfang, aber nicht das Ende bestimmen zu können.

Der unsichere Faktor in ihrer Politik,

wenn man dieses Gestümpere um den eigenen Vorteil Politik nennen will, hat zwei Seiten: Die eine ist die Unbegabtheit und persönliche Unzulänglichkeit der Exponenten der herrschenden Klasse. Hitler, Schleicher, Papen — um nur einige zu nennen — haben nichts von einem genialen Zug an sich, selbst nicht in Richtung auf das Reaktionäre. Die andere Seite der Unsicherheit, wohl die noch stärkere, bildet die organisierte Arbeiterschaft. Die Korrumpierungsversuche Schleichers an den freien Gewerkschaften scheinen nachgelassen zu haben; er hat wohl sein ausgeklügeltes „Konzentrationsprogramm" (von Hitler bis Leipart) inzwischen selber aufgesteckt. Um so mehr aber muß nun befürchtet werden, daß er oder seine Nachfolger, da gutes Zureden nicht geholfen hat, zu groben Mitteln greifen werden.

Mehr realistische Phantasie.

Ueber die Möglichkeit der Anwendung grober Mittel gibt es leider in der Arbeiterschaft immer noch gefährliche Illusionen. Es ist gut, hier an ein lehrreiches Beispiel zu erinnern: Vor rund zehn Jahren gab es Menschen, die sich weigerten, anzunehmen, daß ein Dollar einmal mehr kosten würde als hundert Mark. Wir alle haben schließlich erlebt, daß er 4,2 Billionen Mark gekostet hat. Auch das Elend der Inflation haben wir erlebt, die viele Arbeiter auf einen Lebensstandard runterdrückte, daß sie bei 48stündiger Arbeitszeit zum Teil erbärmlicher lebten als heute ein Arbeitsloser; von der Kriegszeit, die Rationen von 20 Gramm Butter pro Kopf und Woche brachte, wollen wir hier ganz schweigen, und noch viel mehr von der gräßlichen Scheußlichkeit des Vegetierens von Millionen von Soldaten im Schützengraben mit dem Heldentod am Ende.

Das Maß dieses Elends ist heute gewiß noch längst nicht erreicht, und es ist ja nicht einmal gesagt, daß das damalige Elend die äußerste Grenze darstellte.

Wer also darauf pocht, daß die Macht der herrschenden Klasse an der Unmöglichkeit scheitern sollte, das Elend, unter dem allein sie möglich ist, aufrechtzuerhalten, spekuliert sicher falsch. Jedenfalls kann man sagen, daß, wenn schon die herrschende Klasse an dieser Elendsgrenze zu Grunde gehen müßte, dann jedenfalls die andere Klasse ihr vorausgeht.

Der starke Mann.

In der äußersten Ecke der Reaktion ist man sich darüber klar, daß nur radikale Aktionen nützen können. Der „Vorwärts" zitiert die „Deutsche Zeitung", die offen schreibt, ein

Landesverräter und Rechtsverräter.

H. M. Am Montag tagte das Präsidium der Abrüstungskonferenz. Im Zusammenhang mit der Frage der internationalen Rüstungskontrolle wurde über die Einsetzung eines Paragraphen gesprochen,

wonach Personen, die dem Kontrollausschuß Mitteilungen über geheime, im Abrüstungsabkommen verbotene Rüstungen ihres eigenen Landes machen, völlige Straflosigkeit genießen sollen.

Wie ernst die deutsche Regierung und überhaupt die Reaktion ihre internationalen Vereinbarungen nimmt, geht nicht nur aus der Stellungnahme des deutschen Vertreters in Genf zu dieser Frage hervor, sondern auch aus der Art, wie die Hugenberg-Presse über die Genfer Debatte berichtet. Wir geben darum den Bericht der Telegraphen-Union hier wörtlich wieder:

„Der Vorsitzende des Kontrollausschusses, Politis, hat beantragt, diese Frage fallen zu lassen, da eine für alle Regierungen annehmbare Rechtsformel nicht zu finden sei. ... In der Aussprache gab Benesch eine eigenartige Erklärung ab, in der er Straflosigkeit derartiger Landesverräter forderte und solche Personen auf die gleiche Stufe mit den beim Völkerbund gegen die Regierungen ihres Landes beschwerdeführenden Minderheiten stellte.

Diese deutliche Anspielung Beneschs auf die zahlreichen Klagen der deutschen Minderheiten beim Völkerbund infolge des fortgesetzten Bruches der Minderheitenschutzverträge wurde allgemein verstanden. Botschafter Nadolny lehnte sofort mit großem Nachdruck jeden Vergleich zwischen Landesverrätern und Minderheiten ab und betonte den selbstverständlichen Unterschied zwischen den rechtlich auf internationalen Verträgen fußenden Beschwerden der Minderheiten und dem Verhalten von Landesverrätern.

Benesch verharrte jedoch auf seiner Auffassung und erklärte, daß der Unterschied zwischen den beiden Personengruppen nur seine Auffassung bestätigte. Nadolny beantragte darauf hin, die gesamte Frage an den Hauptausschuß zu verweisen. Auf Vorschlag Hendersons wurden jedoch Politis und der Generalberichterstatter für die Kontrollfrage, Bourquin (Belgien), beauftragt, eine neue Formel für den Landesverräter-Paragraphen auszuarbeiten.

Dieser eigenartige Vorfall kennzeichnet deutlich die auf der Abrüstungskonferenz von einigen Regierungen verfolgten Ziele. Es erscheint völlig undenkbar, daß die Abrüstungskonferenz den Landesverrätern eine Prämie sichert und unter dem Vorwand der „Sicherung des Weltfriedens" ein jedem gesunden Rechtsempfinden hohnsprechendes neues internationales Recht schafft."

Dem, was bei Hugenberg „Rechtsgefühl" genannt wird, widerspricht es also in keiner Weise, daß Regierungen feierlich unterzeichnete Verträge mißachten, sondern es widerspricht ihm lediglich, daß Menschen, die von derartigen Vertragsbrüchen dem zur Sicherung des Vertrages eingesetzten Kontrollausschuß Mitteilung machen, die „Prämie" der Straffreiheit bekommen!

Aber es ist keineswegs nur die Rechtspresse, die diesen Vorschlag bekämpft. Auch das „Berliner Tageblatt" hält ihn für „einen der schwierigsten und bedenklichsten Punkte des Kontrollverfahrens". Diese Maßnahme würde „dem Mißbrauch Tür und Tor öffnen" und „eine Atmosphäre des Mißtrauens schaffen". — Nach diesem Grundsatz müßte das „Berliner Tageblatt" eigentlich für die Abschaffung von Polizei und Gerichten eintreten, denn auch sie veranlassen den Verbrecher, Mißtrauen zu hegen! Das „Berliner Tageblatt" meint, daß ausgerechnet eine Abrüstungskonvention „nur auf dem Vertrauen beruhen" kann.

Es schlägt aber trotzdem eine Instanz vor, die der Kontrollkommission von Vertragsbrüchen Nachricht geben soll, und zwar die Militärattachés! Man stelle sich vor, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei u. s. w. gestalten würden, wenn den Militärattachés dieser Länder die Aufgabe zufällt, nicht nur den Rüstungsstand der andern zu bespitzeln, — das tun sie ja sowieso! — sondern auch noch öffentlich Anzeige zu erstatten. Das würde nach Ansicht des „Berliner Tageblatts" also nicht „dem Mißbrauch Tür und Tor öffnen" und „eine Atmosphäre des Mißtrauens schaffen"?

Aufregen können sich doch über den in Genf zur Debatte stehenden Paragraphen nur die Leute, die grundsätzlich dem Staat das Recht zugestehen, sein Wort zu brechen. Wer davon überzeugt ist, daß der Staat eines solchen Verbrechens nicht fähig ist, der braucht die Kontrollmaßnahmen nicht zu fürchten, wer dagegen weiß, daß kapitalistische Staaten eines solchen Verbrechens sehr wohl fähig sind, der wird es begrüßen, wenn sie dabei Gefahr laufen, öffentlich angeprangert zu werden.

AUS DEM INHALT:

Schlechte Note für den Kapitalismus.
Getreideüberproduktion in Frankreich?
Brosamen für Land- und Forstarbeiter.
Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung.
Der „freie Beruf" des Anwalts.
Die Verstaatlichung des Kitsches.

Verbot der Kommunistischen Partei würde wahrscheinlich eine Radikalisierung der Sozialdemokratischen Partei zur Folge haben: „Aber diese Erscheinung wäre nur zu begrüßen. Sie würde einer starken Regierung die Möglichkeit geben, dem Verbot der Kommunistischen Partei ein solches des Sozialdemokratischen folgen zu lassen."

Dafür aber ist Hitler der geeignete Mann. Sein Stern ist also wohl im Aufgehen!!

Macht Schluß mit der Verhetzung.

Wir haben gestern den zurückhaltenden Artikel des „Vorwärts" erwähnt, der zu einer Einheitsfront mit den Kommunisten aufruft, auch der heutige „Vorwärts" haut noch in die gleiche Kerbe. Ernst Heilmann schreibt aber nahezu zur selben Zeit im „Freien Wort" des Sozialdemokratischen Parteivorstandes:

„Der Versuch, den Wolf zum Vegetarier zu erziehen, ist aussichtslos. Verständigung mit Faschisten oder Kommunisten ist unabhängig von der politischen Einstellung eine Utopie. Mit ihnen kann man nur kämpfen und siegen oder vernichtet werden."

Ausgerechnet auf dieses Wort eines Sozialdemokraten, der die SPD zwar mit am meisten kompromittiert hat, aber für die Einheitsfront nicht sehr wesentlich ist, geht nun heute die „Rote Fahne" ein, ferner auf die, mit Recht als verräterisch bezeichnete, Kriegspolitik der SPD, auf die Sünden von Zörgiebel und Grzesinski, gleichsam um die Ansätze von Vernunft, die sich im „Vorwärts" zeigen, im Keime zu ersticken. Wir können uns diesen Mangel an Bereitschaft der Führung der beiden Parteien (denn zu anderen Zeiten sündigt der „Vorwärts" ähnlich) vorläufig noch nicht anders erklären, als das es diesen Führern heute noch zu gut geht. Geradezu frivol mutet dieses Benehmen an, wenn man sieht, wie die Arbeiterschaft durch gröbste Lügen über den wahren Stand der Bewegung getäuscht wird. „L'Humanite", das kommunistische Zentralorgan Frankreichs, schreibt in einem Riesenleitartikel unter anderem folgendes:

„Angesichts der Polizei und der nationalsozialistischen Provokateure errichten die Berliner Arbeiter Barrikaden."

„Der gestrige Tag war — wie nur wir von der ganzen Presse es vorausgesehen und angekündigt haben — ein Tag heißer Straßenkämpfe in Berlin."

„Die Kommunistische Partei . . . hat Hitler die einzige Antwort gegeben, die ihm zukam: *Hitler hat nicht seinen großen Tag gehabt!* . . . Als sie sahen, daß sie ihr Ziel verfehlten, begannen die Nazis zu provozieren. Die Antwort der Arbeiter war niederschmetternd. An mehr als 20 Stellen wurden die Züge der Nazis zerstreut und in den bevölkerten Straßen mußten die Nachläufer Hitlers ihren Weg ändern angesichts der von den Arbeitern aufgerichteten Barrikaden."

Hieran ist nahezu jedes Wort falsch.

Die Tagesaufgabe.

Für die unmittelbar bevorstehende Arbeit der Genossen und Kollegen ergibt sich, daß sie darauf hinarbeiten müssen, daß die für die nächste Zeit geplanten Demonstrationen der Parteien unterschiedslos von allen Arbeitern besucht werden. Soweit es irgend geht, muß darauf hingewirkt werden, daß

gar nicht erst getrennte Demonstrationen veranstaltet werden;

immer wieder muß den Führern klar gemacht werden, daß es nichts nützt, hier ein falsch verstandenes Parteiprestige aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterschaft ist im besten Begriff, ihr Leben zu verlieren, und es würde eine ewige Schande in der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeuten, wenn sie ihren Untergang selber mit verschuldete dadurch, daß sie sich von kleinlichem und kindischem Haß der Arbeiter untereinander nicht freimachen konnte.

Die Verantwortung jedes einzelnen für das Zustandekommen der Einheitsfront ist riesengroß.

Statt der Anpöbelei der anderen Arbeiterpartei, statt des bloßen Gejammers über sein Elend soll sich jeder fragen: Was habe ich getan, um eine gemeinsame Aktion oder Demonstration der Arbeiterschaft zustandezubringen? Wer an dieser Arbeit nicht mithilft oder sie sogar aktiv sabotiert, muß in den Augen der organisierten Arbeiter

als ein Schädling der Arbeiterbewegung behandelt werden.

Mögen die Führungen der Arbeiterschaft und mögen die Arbeiter selber ihre Lehren daraus ziehen. Es kann sein, daß in sehr kurzer Zeit das Gejammere einsetzt, mit der ein deutscher Literat sogar ein dickes Buch überschrieben hat: „Wenn wir damals . . ." — nämlich mehr getan hätten, als gefaulenzt oder klug über anderer Leute Schwächen und Fehler geredet!

Scharfes Vorgehen gegen die tschechischen Putschisten.

Der ehemalige General Gajda ist während einer Versammlung in einer slowakischen Stadt verhaftet und dann nach Brünn gebracht worden, weil er unter dringendem Verdacht steht, von dem faschistischen Ueberfall auf die Brünner Kaserne gewußt zu haben. Gajda befindet sich in Untersuchungshaft. Die Unterlassung der Strafanzeige gegen ihn wäre unter den gegebenen Umständen ein Verstoß gegen das Republikschutzgesetz und als solcher strafbar.

Gajda selber behauptet, von der ganzen Sache nichts gewußt zu haben und sie auch nicht zu billigen.

Oberleutnant Kobzinek, der angeblich einer der Führer des Ueberfalls war, und Geidel, der Gajdas Vetter ist und auch daran beteiligt war, sind über die österreichische Grenze geflohen. Die tschechischen Behörden haben die Auslieferung der beiden als gemeine Verbrecher gefordert. Ehe sie die Flucht antraten, haben sie von einem Brünner Apotheker eine größere Geldsumme erpreßt.

Ueber den Vorfall selber ist noch bekannt geworden, daß zur Zeit des Ueberfalls in der Kaserne nur Soldaten anwesend waren, während die Offizere sich auf einen Ball befanden, was den Putschisten zweifellos bekannt war. Die Soldaten des Regiments sind zumeist keine Tschechen, sondern Deutsche, Ruthenen u. s. w. Einige haben für ihr tapferes Verhalten während des Ueberfalls Auszeichnungen erhalten.

Für oder gegen die „autoritäre Regierung".

Volksentscheid in Danzig.

In Danzig spitzt sich der Konflikt zwischen dem Volkstag und der Regierung, die sich mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes zur „autoritären Staatsführung" gewandt hat, immer mehr zu. Die Oppositionsparteien des Volkstages (Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten) hatten einige Gesetze zur Annahme gebracht, die von der Regierung abgelehnt wurden. Die Regierung erklärte, daß diese Gesetze, selbst wenn sie noch einmal im Volkstag angenommen werden, vom Senat nicht verkündet werden würden.

Der Volkstag hat nun die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes verlangt, das die Regierung mit ihrer außerordentlichen Macht ausstattet. Der Senat hat die Vorlage zurückgewiesen. Nachdem der Volkstag sie ein zweites Mal angenommen hat; wird sie, gemäß der Verfassung, Gegenstand eines Volksentscheids sein. Der Zeitpunkt der Abstimmung wird vom Senat demnächst bekanntgegeben werden.

Wichtige Verfassungsänderung in den USA.

In den USA haben jetzt 36 von den 48 Staaten die bereits vom Kongreß angenommene Verfassungsänderung gebilligt, durch die in Zukunft die irrsinnigen amerikanischen Spielregeln der Demokratie reformiert werden, durch die bisher der im November gewählte Präsident und Kongreß erst im März ihr Amt antreten. Diese Spielregel ist zu einer Zeit eingeführt worden, als die Verkehrsmittel ein rasches Zusammentreffen der Kongreßmitglieder aus allen Teilen des Landes noch unmöglich machten. Dieses Hindernis ist von der modernen Technik restlos beseitigt worden. Darum wird der Nachfolger Roosevelts und der gleichzeitig mit ihm gewählte Kongreß bereits im Januar, also nur zwei Monate nach der Wahl, zusammentreten. Ferner übernimmt in Zukunft, falls ein neugewählter Präsident vor seinem Amtsantritt stirbt, der ebenfalls neugewählte Vizepräsident die Regierung, bis ein neuer Präsident gewählt worden ist.

Riesenfeuer in Rumänien.

In der kleinen rumänischen Stadt Dorohoi brach ein Feuer aus, durch das zwei Straßenzüge vollständig zerstört wurden. Die Häuser gehörten zumeist kleinen Krämern. Der Schaden beträgt etwa 15 Millionen Lei.

Französische Meinungen über Deutschland.

G. K. Paris, den 21. Januar.

Die französische Presse verliert über die anderen wichtigen Ereignisse, die die französische Außenpolitik angehen, die Vorgänge in Deutschland nicht aus dem Auge. Und zwar interessieren sie einerseits die von der deutschen Regierung betriebenen militärischen Vorbereitungen, andererseits die Streitigkeiten um die Regierungssessel, die zwischen den verschiedenen reaktionären Gruppen ausgefochten werden.

Natürlich beschäftigt sich vor allem die Rechte mit den militärischen Vorbereitungen in Deutschland. So rief der „Temps" kürzlich (13. Januar) seinen Lesern ins Gedächtnis zurück, daß der General Seeckt schon 1928 in Vorträgen die Gedanken entwickelte, die der heutigen Militarisierung in Deutschland zu Grunde liegen. Insbesondere wird auf zwei Punkte hingewiesen:

die militärische Ertüchtigung der Jugend als Ergänzung zum Berufsheer und die Verbindung von Heeresleitung und Industrie.

Diese soll dazu dienen, die Industrie so zu organisieren, daß sie sich im richtigen Augenblick ohne Zeitverlust auf die Herstellung von Kriegsmaterial umstellen kann. Dazu gehört unter anderem eine Subvention der Schwerindustrie. Also soll der General Seeckt im Jahre 1928 gesagt haben. Und natürlich ist es den Franzosen nicht entgangen, daß die deutsche Schwerindustrie umfangreiche Subventionen von der Regierung erhalten hat.

Kann man sich in Deutschland vorstellen, welchen Eindruck auf Menschen, die diese Tatsachen im Gedächtnis haben, die Schleichersche Rede am 15. Januar gemacht hat? („Funke" Nr. 298). Diese Rede wird überall als das Kennzeichen für den Geist angesehen, mit dem die Deutschen zu den neuen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz zurückkehren. Der „Temps" erinnert daran, daß der Ton Schleichers der der deutschen Kriegshetzer der Vorkriegszeit sei: „Die harte Erfahrung, die das deutsche Volk durchgemacht hat, hat seine jetzigen Führer nichts gelehrt."

Dazu kommt nun noch, daß die Rolle, die das deutsche Volk gegenüber seiner Regierung spielt, hier als eine besonders klägliche angesehen wird. Das kommt besonders zum Ausdruck in der Beurteilung der Streitigkeiten über die Umbildung der deutschen Regierung: Streitigkeiten, die von hier aus wie Eifersüchteleien zwischen Cliquen und Gernegroßen, vermischt mit antisozialen Intrigen der Schwerindustrie aussehen. Gerügt wird nämlich vor allen Dingen die Rolle der Volksmassen. Sogar „Ere Nouvelle" vergleicht das deutsche Volk mit den germanischen Frauen, die dem Kampf der Recken zuschauten in dem Bewußtsein, von den Siegern in Besitz genommen zu werden. Nur eins, fährt „Ere Nouvelle" fort, ist stabil in der allgemeinen Verwirrung: die Präzision, mit der die politische Reaktion in Preußen in der Durchdringung des Staatskörpers fortschreitet.

Mit dem Fahrrad über die Alpen. (3

Von Otto Pfotenhauer.

Alle Tage Erbswurst.

Am anderen Tag geht es auf die Tauernstraße zurück. Wir fahren jetzt zwischen hohen Bergen. Die Steigung der Straße ist aber nur gering, so daß wir gut vorwärts kommen. Erst hinter Golling ist es damit zu Ende. Steil stemmt sich uns die Straße entgegen, ganz nahe sind die Berge zusammengerückt, und laut zischend und brodelnd sägt sich die Salzach durch eine abgrundtiefe Schlucht. Wir sind am Paß Lueg und müssen eine „Schiebung" machen. Bald haben wir genug davon und beschließen, auf halber Höhe Mahlzeit zu halten. Es gibt Erbswurst, wie fast jeden Tag. Zu Hause würde sie uns schon längst „zum Halse heraushängen", aber hier ist das was ganz anderes. Erbssuppe sättigt gut und braucht zur Herstellung verhältnismäßig wenig Zeit und Spiritus, und diese Punkte sind für uns ausschlaggebend.

Der Speckjäger.

Auf dieser Strecke begegnet uns heute der zweite Speckjäger in einer Verfassung, wie wir sie früher noch nie gesehen hatten. Ein altes zerschlissenes Kleidungsstück ziehen diese alten Kunden über das andere, ohne die unteren Stücke jemals auszuziehen Natürlich schlafen sie auch in diesen Lumpen. So kann man durch die großen Löcher des Mantels hindurch gleichzeitig mindestens zehn verschiedene Jacken und Westen in allen Farben erkennen. Zögernd und leise antwortet uns der Alte auf einige Fragen, als gingo ihn diese Welt nichts mehr an. Er hat ein schönes, klares Christusgesicht und überraschend feine, gepflegte Hände. Was mag der Mann alles erlebt haben, bis er in diese Lage gekommen ist?

Ins Gasteiner Tal.

Inschriften auf der Paßhöhe erinnern an schwere Kämpfe um den Paß Lueg im Jahre 1805. Ist das Schieben den Paß hinauf schon keine Lust, so ist auch die Abfahrt keine ungetrübte Freude. Die vielen Kurven zwingen zum vorsichtigen Fahren. Das schwere Gepäck drückt zur Schußfahrt, sodaß auch das Bremsen oft zur Anstrengung wird. Oefters kommen wir an schmucken Burgen vorbei, von denen früher Raubritter herab das enge Tal beherrscht haben. Es wird uns klar, daß es in diesen Bergen kein Entweichen für die Beute der Raubritter gab.

Immer näher kommen wir der Zentralkette der Alpen. Schon am anderen Tag haben wir über den zweiten Paß zu schwitzen. Es ist der Klammpaß bei Lend, der ins Gasteiner Tal führt. An einigen gefährlichen Stellen der Paßstraße, wo 100 bis 200 m höher, überhängende Felsen die Straße bedrohen, wird gesprengt. Wir müssen warten, bis die Sprengschüsse große Gesteinmassen ins Tal gedonnert haben. Dann geht die Aufräumungsarbeit auf der Straße erst los. Die Arbeiter haben einen schweren und gefährlichen Beruf. Auf umständlichen Ochsengeschirren wird das Geröll durch Bauern abgefahren. Die Bauern haben unter ihren kniefreien Tirolerhosen lange, meistens schmutzig gewordene Unterhosen an, was furchtbar komisch aussieht.

Die monopolisierte Schönheit.

Das Gasteiner Tal erschließt uns die ideale Hochgebirgslandschaft. Ringsum blumige Matten und blühende Bäume, zauberhafte Schattierungen in Grün über den Hochwald hinaus und darüber die blendend strahlenden Firmen der Hohen Tauern. Ueber die Eisriesen geht leider kein Fahrradweg; wir müssen durch den Tauerntunnel mit der Bahn fahren. Es ist schon zu begreifen, warum in diesem Hochtal die Sanatorien und riesigen Hotelpaläste der reichen Leute erbaut sind. Obwohl es anfängt zu dunkeln, wollen wir hier nicht bleiben, denn 40 bis 50 Schillinge für eine Uebernachtung soll in Badgastein nichts seltenes sein. Mit welchem Recht werden die schönsten Flecken der Erde nur für die reichen Leute so protzenhaft beschlagnahmt?

Das Wirtshaus in Kärnten.

In Kärnten sind die Straßen schlechter, dazu gesellt sich Südwind als Gegenwind, sodaß unsere Freude auf das südliche Gefälle der Alpen vergeblich war. Hinter Villach kommen wir in die Gegend, wo Jugoslawien, Italien und Oesterreich an einander grenzen. Hier wird meistens ein slowakischer Dialekt gesprochen, den wir nicht verstehen können. Dicht vor der italienischen Grenze müssen wir in einem kleinen Dorfe übernachten. Die Mainächte im Gebirge sind noch sehr kühl; es ist besser, auf Freinächte noch zu verzichten, zumal jeden Tag durchschnittlich 100 km zurückgelegt sein wollen. Das Dorfgasthaus sieht schrecklich unsauber aus. Aber es hilft nichts, wir müssen schon bleiben, denn heute können wir nicht mehr über die italienische Grenze. Die Wirtsleute sehen uns argwöhnisch, ja fast feindlich an. Die Zimmer sind dreckig und verwanzt. Die Gaststube ist schwarz wie eine Räuberhöhle. Die Slowaken, unter denen wahrscheinlich viele Schmuggler sind, trinken viel Schnaps. Lärmend und zankend schreien sie wild durcheinander. Vor der Nacht graut's uns. Erst spät kriechen wir in unsere Schlafsäcke, damit wir mit den Betten nicht in Berührung kommen. Draußen bricht ein mächtiges Gewitter los. Wir denken an den kommenden Tag, der uns in die langersehnte italienische Landschaft bringen soll und freuen uns, daß wir bis jetzt gesund unserem Endziele so nahe gekommen sind. Darüber vergessen wir die Behausung und schlafen ebenso gut wie in den vorherigen Nächten. —

Schwierigkeiten beim Grenzübertritt.

Bei Tarvis erreichen wir die italienische Grenze. Die starke militärische Besatzung, der ungewohnte Anblick der vielen, verschiedenen uniformierten Soldaten und Polizisten überrascht uns. Donnerwetter, denken wir, ist hier noch Krieg, oder will Italien nur seine Militärmacht vor den Fremden demonstrieren? Eine hochnotpeinliche Grenzkontrolle hält uns über zwei Stunden auf. Faschistische Miliz (in schwarzen Hemden), Karabinieri (in steifer, altmodischer Napoleonuniform), Polizei in Zivil, Soldaten mit Federn an den Hüten und Grenzbeamte in blauer Uniform stürmen auf uns ein und untersuchen Pässe, Fahrradpapiere, Gepäck und Fahrräder. Ein Fahrrad von uns mit roten Mänteln erweckt ihr besondere Aufmerksamkeit. Die Grenzkarten des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" drehen sie kopfschüttelnd in ihren Händen. Die haben sie wahrscheinlich zum erstenmal gesehen. Schließlich werde ich mit den Grenzkarten zum Kommandanten geschickt. In der Mitte des Dienstzimmers hängt, wie in den anderen Amtsstuben auch, ein großes Bild Mussolinis, flankiert von den Bildern des Königspaares. Nach langem Warten wird mir erklärt, daß der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" in ihren Listen nicht zu finden sei. Keiner von uns kann jedoch 60 Mark Zollpfand für das Fahrrad bezahlen, die jeder Radfahrer ohne die Grenzkarte eines Radfahrer-Bundes hinterlegen muß, um die Grenze passieren zu können. Noch einmal berufe ich mich auf die Gültigkeit unserer Grenzkarten, und nachdem ein Dolmetscher noch hinzugezogen worden ist, bekommen wir nach langer Verhandlung die Einreise frei. Ob sie inzwischen „Solidarität" in ihren Listen gefunden haben, haben sie uns nicht verraten. Jeder bekommt noch eine Plombe an sein Fahrrad, die er unversehrt zur Abreise wieder bis an die Grenze mitbringen muß.

(Fortsetzung folgt.)

Erfahrungen mit dem Arbeitsdienst in Deutschland.

(IGB) Als die deutsche Regierung in der Mitte des vergangenen Jahres Verordnungen und Ausführungsbestimmungen für den freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) herausgab, unterstrichen die Gewerkschaften, daß sie in diesem Dienst lediglich „die Möglichkeit der vorübergehenden Beschäftigung und Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser" sehen. Das von den Gewerkschaften geforderte Prinzip der Freiwilligkeit des Dienstes wurde von der Regierung ausdrücklich garantiert, wobei allerdings gesagt wurde, daß nach einer gewissen Zeit praktischer Erfahrungen über die „Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienst*pflicht* zu berichten sei".

Erfahrungen sind inzwischen gemacht worden, insbesondere auch in bezug auf die von den Gewerkschaften von allem Anfang an angezweifelte Möglichkeit der Einhaltung des Grundsatzes der gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit. Voraussichten und Befürchtungen der Gewerkschaften bestätigen sich.

Es steht fest, daß in der Tat

bei zahlreichen der zur Durchführung gelangenden Arbeiten von Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit nicht gesprochen werden kann.

Ferner ist — wie Dr. Walter Pahl in einem sehr instruktiven Artikel im wissenschaftlichen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Die Arbeit" berichtet — in sehr vielen Fällen festgestellt worden, daß die

Arbeiten im FAD bis um ein Drittel höhere Kosten

gegenüber dem ordentlichen Arbeitsverhältnis verursachen und somit gesamtwirtschaftliche Ersparnisse nicht vorliegen.

Was die einzelnen Formen des Arbeitsdienstes betrifft, so haben sich drei Typen herausgebildet: der pädagogisch orientierte, der militärdienstähnliche und der einseitig wirtschaftliche. Während die militärdienstähnlichen Lager ihr Hauptaugenmerk auf „soldatische" Tugenden und Untugenden alten Stils richten, verfolgt der FAD des wirtschaftlichen Typs in erster Linie das Ziel der **Ausnutzung billiger Kräfte.** Die höchstmögliche Arbeitszeit von 42 Stunden (Mindestarbeitszeit 36 Stunden) wird strikt eingehalten oder auf Umwegen sogar überschritten (!). Durch das Einschalten von Unternehmern sorgt der Träger des Dienstes für eine Anpassung der Arbeitsformen an die Methoden des modernen industriellen Betriebes. **Die Stoppuhr wird angewendet, Antreiberei betrieben, durch Prämien und Akkord die Leistung zu erhöhen versucht. Von erzieherischen Zielen ist keine Spur zu finden.** Da die Gewerkschaften heute wie früher auf dem Standpunkt stehen, daß Arbeitsdienst ohne erzieherische Ziele keine Daseinsberechtigung hat, kommt für sie logischerweise nur die Bejahung des ersten (pädagogischen) Typs in Betracht. Der Bildungsarbeit und der Freizeitgestaltung muß dieselbe Bedeutung beigemessen werden wie der körperlichen Arbeit! Mit diesem Typ sind denn auch die besten Erfahrungen gemacht worden. Wenn man im allgemeinen sagen kann, daß die Arbeitsleistung im Arbeitsdienst geringer ist als bei normaler Arbeit (um etwa 30 Prozent), so ist andererseits auch die Beobachtung gemacht worden, daß dort, wo die Arbeitsgemeinschaft eine sozialgerichtete Gesinnungsgemeinschaft ist, das heißt, wo engste Kameradschaft und ein gewisser Stolz auf die Leistungen dieser Gemeinschaft vorhanden sind, die Arbeitsleistung im allgemeinen größer ist, ja oft sogar die normale Leistung übersteigt.

Dessen ungeachtet steht auch heute noch fest, daß, abgesehen von wenigen Idealisten, die meisten jugendlichen Arbeitslosen von materiellen Motiven in den Arbeitsdienst getrieben werden. Daß durch den Arbeitsdienst das Gefühl für eine „neu geartete Volksgemeinschaft" geweckt wird — ist nicht richtig. „Trotz der nur 30 Pfennig Taschengeld", sagt Walter Pahl, „bedeutet der FAD für die meisten eine materielle Verbesserung ihrer Situation. Das Gros der Arbeitsfreiwilligen geht zum Arbeitsdienst, um der äußersten materiellen Not zu begegnen, um wieder einmal richtig satt zu werden, nicht um der Allgemeinheit zu dienen."

In bezug auf die innere Organisation des FAD besteht kein Zweifel darüber, daß das geschlossene Lager am stärksten die Erfüllung der erzieherischen Aufgaben des FAD garantiert, weshalb auch die Tendenz besteht, die Entwicklung in dieser Richtung zu fördern. Schon jetzt fordert der Reichskommissar für den FAD, daß auch beim offenen Dienst, bei dem der — allerdings völlig ungenügende — „Arbeitsverdienst" zur Auszahlung gelangt und keine Wohn- und Eßgemeinschaft vorhanden ist, ein Tagesraum für gemeinschaftliche Veranstaltungen zur Verfügung steht, in Zukunft ebenfalls nur ein Taschengeld von 30 Pfennig ausgezahlt und mindestens eine Mahlzeit gemeinsam eingenommen wird. Zur Zeit arbeiten etwa zwei Drittel aller Arbeitsfreiwilligen in offenen Diensten. Es besteht die Absicht, in diesem Jahre nicht mehr als ein Drittel der Dienstwilligen in offenen Lagern zu beschäftigen. Im Winter will man hauptsächlich nur die geschlossenen Lager aufrechterhalten. Für den Arbeitsdienst der Mädchen soll die offene Form zugelassen bleiben.

Das wichtigste Problem des Augenblicks sieht Pahl in der Heranbildung eines für die Aufgaben des FAD speziell geeigneten und geschulten „Führerstamms von einheitlicher geistiger Prägung und einheitlichem sozialerzieherischem Zielwillen". Für die bereits jetzt vorhandenen 285 000 Arbeitsfreiwilligen sollen in diesem Jahr etwa 2000 solcher geschulter Führer herangebildet werden.

Pahl schließt seine Ausführungen mit folgenden zusammenfassenden Feststellungen: „Ein deutscher Arbeitsdienst ist nur möglich in den Formen der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Zwangsmittel würden die spärlichen Kräfte der jungen Erwerbslosen gänzlich zerstören. Der Arbeitsdienst soll ihnen Raum geben, zu sich selber zurückzufinden. Die Not ist schon furchtbarer Zwang genug!"

Die Verstaatlichung des Kitsches.

Hugenbergs Generalplan im Filmgewerbe.

W. F. Herr Hugenberg ist bekannt als einer der einflußreichsten und übelsten deutschen Meinungsfabrikanten. Ihm untergeordnet ist ein großer Teil der deutschen Presse und des deutschen Filmgewerbes. Aber Herr Hugenberg ist damit noch nicht am Ende seines Strebens. Halbheit ist ihm unerträglich. Sein jüngster Plan ist, das Filmgewerbe vollkommen seinen Machtsprüchen zu unterwerfen.

Die „deutsche Republik" schreibt in ihrer Nummer vom 15. Januar: „Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie (Spio) hat unter dem Vorsitze der UFA einen Generalplan beschlossen, für den man sich jetzt um Zustimmung im deutschen Filmgewerbe bemüht. Der Generalplan bezieht sich auf alle drei Sparten des Filmgewerbes — Produktion, Verleih, Theaterbesitz —, sodaß über Außenseiter ein vernichtender Boykott verhängt werden könnte. Seine zwei wesentlichen Punkte sind die Zwangsregelung der deutschen Produktion, die auf zwei Fünftel ihres bisherigen Bestandes (von jährlich etwa 500 auf 120 große Spielfilme) herabgemindert werden soll, und die zentralisierte Finanzierung dieser genau kontingentierten Produktion von einer leitenden Kreditstelle aus. An dieser der Spio angeschlossenen Film-Finanzierungsbank soll sich das Reich mit Steuergutscheinen beteiligen und die UFA in einer Höhe, daß beide zusammen die Majorität besitzen. Außerdem würden noch die Tobis, Zeiss, Kodack und Agfa ein paar Millionen einzahlen, sowie ein Konsortium unbekannter Interessenten, das zum Teil wieder mit Hugenbergschen Strohmännern identisch sein dürfte."

Die Schleicher-Regierung hat sich bis heute noch nicht zu diesem Plan öffentlich geäußert. Da aber das Interesse an einer bestimmten Filmproduktion — die wir hier nicht zu nennen brauchen — bei Herrn Hugenberg und der derzeitigen Reichsregierung das gleiche ist, brauchen wir über die Entscheidung der Reichsregierung keine großen Zweifel zu haben.

Was kann die Arbeiterschaft, die heute unzweifelhaft noch einen großen Prozentsatz des Filmpublikums bildet, gegen diese ihr drohende geistige Vergewaltigung unternehmen?

Zunächst könnten die Einheitsorganisationen des Proletariats (Freidenker, Gewerkschaften . . .) gegen diese Vergewaltigung des Filmgewerbes öffentlich protestieren. Und ferner könnten sie bei Nichtbeachtung dieses Protestes ihre Mitglieder und überhaupt alle freiheitlich Gesinnten auffordern, den Teil ihres Einkommens, den sie bisher für Kinobesuche verausgabten, in einem anderen Gewerbe anzulegen. Noch besser aber wäre es, wenn die organisierte Arbeiterschaft sich mit ihrer Millionenkaufkraft von den Schandfabrikaten der bürgerlichen Filmproduktion unabhängig machte und eine eigene Produktion und selbstverständlich auch eigene Theater aufmachte.

Freilich: Dazu gehörte Kampfeslust und Großzügigkeit!

Armut, Zirkus, Hoch Hindenburg!

„Beispielgebend in der heutigen Notzeit beging der Internationale Varietétheater- und Zirkusdirektoren-Verband E. V. sein 25jähriges Bestehen, indem er 1800 arme Kinder in die großen Kroll-Festsäle geladen hatte, um sie zu speisen, zu beschenken und zu unterhalten. Der geschäftsführende Direktor Milos begrüßte die Erschienenen und verlas ein Dankschreiben des Reichspräsidenten, worauf die Versammelten ein dreifaches Hoch auf den Reichspräsidenten ausbrachten. Im Auftrage von Oberbürgermeister Dr. Sahm, der die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernommen hatte, überbrachte darauf Stadtmedizinalrat Professor Drygalski die Glückwünsche und den Dank der Stadt Berlin. Er bezeichnete es als besonders begrüßenswert und nachahmenswert, daß die Veranstalter das Fest nicht unter sich feierten, sondern an die notleidenden Kinder gedacht hätten. Für gute Unterhaltung war gesorgt. Das sich immer wiederholende schallende Lachen und die Beifallsstürme der kleinen Gäste sagten besser als alle Dankesworte, wie gut es ihnen gefiel."

(Bericht der Hugenbergschen Telegraphen-Union.)

Zwei Todesurteile fällte das Magdeburger Schwurgericht gegen die Erwerbslosen Herbst und Ebeling aus Olvenstedt. Sie hatten am 24. November 1932 die Witwe Dürre in Olvenstedt überfallen, erwürgt, aus der Wohnung Geld geraubt und dies in Magdeburg verjubelt. Herbst hatte den Ueberfall ausgeführt, Ebeling Schmiere gestanden.

Arbeiter-Stenographenverein Groß-Berlin.

Ortsgruppe des Arbeiter-Stenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet.

Uebungskurse Neukölln: Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Straße 209. 19.30 Uhr: Dienstag 40—90 Silben; Freitag 90—130 Silben; Donnerstag 120 bis 220 Silben (Debatte). — **Norden:** Volksschule Schulstraße 99. 19.30 Uhr: Montag 50—100 Silben. — **Nordost:** Jugendheim Danziger Str. 62, Baracke 2. 20 Uhr: Dienstag 100—130 Silben; Freitag 40—90 Silben.

Erwachsene, vollbeschäftigt monatlich 1.25 Mark; Jugendliche und Kurzarbeiter 1.— Mark; Arbeitslose 0.50 Mark. Eintritt jederzeit. Anfängerkurse in Reichskurzschrift beginnen jährlich zweimal im Januar und September in allen Stadtteilen.

Weitere Auskunft durch den 1. Vorsitzenden: O. Wenghoefer, Velten (Mark), Wilhelmstraße 10a. Gelegenheit zum Erlernen der Schreibmaschine wird nachgewiesen.

Professor Hannes Meyer,

der frühere Leiter des Dessauer Bauhauses, spricht am Mittwoch, dem 25. Januar, 20 Uhr, im „Tiergartenhof", Charlottenburg, Berliner Straße 1, über das Thema:

„Wie lebt der Künstler und Geistesarbeiter im sozialistischen Staat?"

Linkskartell der Geistesarbeiter und freien Berufe.

A. M. FREY (9

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenheuer Verlag AG. Berlin.

Gerade wir brauchen stämmige Leute. Aber die Herren zu Hause haben immer noch keine Ahnung vom Krieg — woher sollten sie eigentlich auch? Sie meinen: Heftpflaster kleben und Aspirintabletten verteilen ist keine körperliche Arbeit. — Was seid ihr von Beruf?"

Sie nennen ihre Tätigkeit im zivilen Dasein. Funk gibt zögernd an, er sei Schriftsteller.

„Was schreiben Sie?"

„Novellen, Romane", sagt Funk mühsam.

„Wie heißen Sie? Ganzen Namen, bitte."

„Christian Friedrich Funk."

Der Stabsarzt schüttelt den Kopf. „Kenne ich nicht. Wie heißen Ihre Bücher? Wo sind sie erschienen?"

Funk nennt Namen.

Wieder verneint der Arzt. „Also trödeln wir nicht länger. Wo sind die auszufüllenden Lücken, Asam?"

Der Feldwebel erstattet geläufig Bericht. Er ist ja vorbereitet wie ein Schauspieler aufs Stichwort. Ein Mann fehlt bei der dritten Kompanie, einer bei der achten, einer bei der dem Regiment angegliederten Pionierkompanie.

„Also den ältesten da, wie heißen Sie? — ja, den Holzer, er ist bald vierzig, unglaublich — den zu den Pionieren. Ein gutes Pöstchen, mein Lieber, halten Sie sich, sonst fliegen Sie wieder! Wir versuchen es dort mit Ihnen, weil Sie nicht mehr der jüngste sind — obwohl Sie der kräftigste sind. Die beiden anderen nach Belieben, Asam, Sie machen das schon. Morgen!"

„Morgen, Herr Stabsarzt. — Achtung!" schreit der Feldwebel. Aber der dickliche Herr ist schon verschwunden.

6.

Der Bader Stöger kommt nach dem Machtwort des Feldwebels Asam zum ersten Bataillon, der „Schriftsetzer" Funk zum zweiten.

„Schriftsetzer sind Sie", hat Asam entwölkt eine kleine Unterhaltung begonnen, nachdem er sich noch ausgeschimpft hat, als gälte es lästigen Schleim abzusondern. „In welcher Druckerei haben Sie zuletzt gearbeitet?"

„In keiner. Ich bin Schriftsteller."

„No ja, Steller oder Setzer, das kommt doch wohl aufs gleiche hinaus", verteidigt Asam verhüllt unsicher seine Kenntnisse.

Eigentlich hat er recht, denkt Funk. Für hier draußen hat er recht. Hier verwischen sich bis zum Unkenntlichen alle zivilen Kategorien. Sie aufrechterhalten zu wollen, mutet grotesk an. — Und er widerspricht nicht, niemals wieder. Für die Mannschaften bleibt er auf Jahre hinaus der Schriftsetzer; darunter können sie sich wenigstens etwas vorstellen.

Aber für die drei, die miteinander hierher gepilgert sind, schlägt jetzt die Trennungsstunde. So wenigstens drückt sich in gemachter Lustigkeit der verzweifelte Bader aus. Er fürchtet, sich ganz in die Fremde zu verlieren. Dabei hat er Grund, zufrieden zu sein, denn sein Bataillon ist vorläufig in Ruhe. Um es zu erreichen, muß er freilich den langen Weg zurücktappen, den er gestern mit den beiden anderen zusammen hergelaufen ist — zurück und noch weiter nach hinten, denn sein Bataillon liegt in Santes, einem Fabrikvorort, unfern von Lille. Vielleicht, bis er eintrifft, steht seine Kompanie bereit, um wieder nach vorn zu marschieren — und so kann es mit ihm hin- und hergehen. Doch was tut's? Immer mehr verliert sich das Gefühl, ein Soldat sei da, um Sinnvolles zu leisten. So viehmäßig ist das Ziel alles Soldatischen, der Krieg, daß er gewissermaßen nur ausbalanciert werden kann durch vollkommne sinnwidriges Dahinleben in den Mordpausen.

Funks Bataillon ist in der vordersten Linie, demnach hat er Dienst zu tun auf dem Verbandplatz. Wo ist der? Vorn bei Fromelles, eine gute Wegstunde von hier. Es kommt im Lauf des Vormittags einer von dort herein, um die Post für alle Sanitätsleute, mit denen der Verbandplatz augenblicklich besetzt ist, aus den Kompaniekanzleien in Fournes abzuholen. Dem soll er sich anschließen.

Während also die beiden, Stöger und Holzer, sich in Bewegung setzen, muß Funk weiterhin warten. Holzer hat eigentlich nur querüber zu gehen, zu den Holzbaracken der Pioniere, die hinter der Dorfstraße — aus mehr als ihr der langgestreckten, besteht ein nordfranzösisches Dorf kaum —, hinter der Straße also in einer Erdmulde liegen.

Mit weichem Friseurhandschlag und großem feuchten Kinderblick verabschiedet sich Stöger, um jenen langen Weg, den nun noch längeren, allein zu wandern.

„Wir sehen uns bald, Kameraden, wir gehören ja zum gleichen Verein", ermunterte sie der Trambahner.

Sie ahnen nicht, wie lange es dauern soll, bis sie wieder zusammentreffen, nicht weil's drunter und drüber ginge, sondern aus gegenteiligen Gründen: weil alles so eingeteilt, ausgewogeni und reibungslos laufend in Schwung gehalten wird, daß sie, die ja verschiedenen Gruppen angehören, niemals gleichzeitig am selben Platze stehen können. Es ist wie im Theater: indes die einen abgehen, treten die anderen auf, keine Minute früher. Als Funk das Uhrwerk, laufend im Turnus von Stunden, Tagen und Wochen und wieder von vorn, zu begreifen anfing, schauderte ihn ob dieser Pedanterie und wüsten Schulmeisterei, gepaukt unter der ständigen Fuchtel des Todes, gepaukt im Rachen des Elends.

Eines befremdlichen, eines im Augenblick unheimlich schläfrigen Elends allerdings. Geplänkel, kleine nächtliche Streifzüge, spärliche „Artilleriegrüße", jäh loskeifendes Gewehrfeuer, das ebenso jäh verstummte: das war alles. Im übrigen herrschten „stabile Verhältnisse" mit einem Trott nach Kalender, Tabelle und Uhr.

Während Funk, von den beiden Reisegenossen nun endgültig verlassen, wartend umherlungerte, machte sich Feldwebel Fähnlein an ihn heran. Er hatte aus der Ferne die Unterhaltung zwischen Asam und Funk mit angesehen, war aber nicht herbeigekommen: aus Stolz. Um wen der Asam herumschmuste, ob's nun ein Kranker oder Gesunder war, um den bemühte er [illegible] bzeitig.

(Fortsetzung folgt.)

Brosamen für Land- und Forstarbeiter.

Am Montag wurde im Siedlungsausschuß des Reichstages ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, die Rückzahlung der Darlehensraten aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zur Errichtung von Land- und Forstarbeiterheimen auf 50 Jahre zu verteilen, die Hälfte der am 15. November vorigen Jahres fällig gewesenen Rückzahlungsraten zu erlassen und die bis dahin rückständigen Raten bis zum Ablauf der Rückzahlungsfrist zu stunden.

Ferner wurde auf nationalsozialistischen Antrag einstimmig beschlossen, sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Landarbeiterheime in Anliegersiedlungen mit voller Ackernahrung umzuwandeln. Außerdem wurde ein Antrag des Volksdienstes angenommen, wonach den Land- und Forstarbeitern, die mit der Rückzahlung der Darlehensraten zur Errichtung von Landarbeiter-Eigenheimen wegen Arbeitslosigkeit in Verzug kommen, die Verzugszinsen in Höhe von zwei Prozent über Reichsbankdiskont erlassen werden sollen. Schließlich fand einstimmige Annahme ein abgeänderter kommunistischer Antrag, für die Zeit der Geltungsdauer des Vollstreckungsschutzes in der Landwirtschaft alle Zwangsmaßnahmen und Zwangsversteigerungen bei den Siedlern und den Land- und Forstarbeiterheimbesitzern zu unterlassen.

Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß zur Ablösung der ausländischen Landarbeiter und zur Bekämpfung der Landflucht vom Reich und von den Ländern in erheblichem (?) Ausmaß der Werkswohnungsbau und der Bau von Eigenheimstätten für Landarbeiter gefördert worden sei. Seit Ende der Inflation hätten Reich und Länder für diese Zwecke Darlehen in Höhe von 275 Millionen Mark gegeben. Seit 1921 seien 41 000 Eigenheime und 26 000 Werkswohnungen gebaut worden. Die Besitzer von Eigenheimen seien den Tilgungsverpflichtungen bis zum Beginn der Krise pünktlich nachgekommen, auch während der Krise seien die Tilgungsraten noch zum größten Teil eingegangen (Landarbeiter sind eben anständigere Schuldner als Großagrarier!). Die Arbeitslosigkeit von Landarbeitern in Ostpreußen sei zum Teil die Folge falscher Ansetzung oder der Aufteilung der Güter gewesen.

Vorläufig sind das alles nur sauber niedergeschriebene Beschlüsse eines Reichstagsausschusses. Ob der Reichstag auch nur Gelegenheit zu entsprechenden Beschlüssen hat, ist bereits fraglich; ob danach regiert wird, ist noch fraglicher!

Autostreik in der Tschechoslowakei.

In der ganzen Tschechoslowakei traten am Montag früh, wie angekündigt, die Kraftwagenunternehmer und Taxifahrer in den Streik gegen das neue Kraftwagengesetz der Regierung. Der Streik wird allgemein durchgeführt, in Prag sind nur einige Pferdedroschken zu sehen.

Auf Grund dieses neuen Gesetzes sind in wenigen Wochen bereits 20 000 Kraftwagen abgemeldet worden, davon 5000 in Prag, ein Viertel der in Gebrauch stehenden Privatwagen.

Londoner Autobusstreik beendigt.

Nachdem im Laufe des Montags die Zahl der streikenden Omnibusangestellten auf ungefähr 13 000 gestiegen ist, wurde am Montag abend beschlossen, der Aufforderung der Gewerkschaften auf Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag Folge zu leisten. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, gewisse Zugeständnisse zu machen.

Etwa 300 Straßenbahnangestellte, die am Montag in den Sympathiestreik getreten sind, haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

Auch weiterhin keine Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten.

Nach einer Erklärung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums sollen auch weiterhin Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten nicht zugelassen werden.

Wir begrüßen diese Erklärung, denn die Zulassung von Anwälten vor den Arbeitsgerichten würde auch hier den kapitalstärkeren Prozeßteilen, d. h. hier den Arbeitgebern, denselben Vorteil einräumen, den sie vor anderen Gerichten haben.

Solange die Arbeitgeber sich bestenfalls von ihren Verbandssyndici vor dem Arbeitsgericht vertreten lassen können, sind wenigstens die organisierten Arbeitnehmer, denen ihre Gewerkschaftssekretäre zur Seite stehen, vor diesem Gericht kaum im Nachteil. Auch dies ist ein Grund dafür, einer freien Gewerkschaft anzugehören.

Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung.

E. K. Jedem Deutschen steht bekanntlich das Recht zu, im Falle der Hilfsbedürftigkeit bei seiner zuständigen Gemeinde einen *Antrag* auf Unterstützung zu stellen. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß er eine Unterstützung *erhält;* denn über die Hilfsbedürftigkeit entscheiden jene Personen, denen die amtliche Befugnis zur Prüfung der Hilfsbedürftigkeit erteilt worden ist. Wer einmal mit diesen Prüfungsbeamten zu tun hatte, der wird erlebt haben, was der Staat unter Hilfsbedürftigkeit versteht. Und *wie* die Hilfsbedürftigkeit in der Praxis aussieht, davon sprechen folgende Darstellungen Bände.

Seit eineinhalb Jahren erhalte ich weder vom Arbeitsamt noch vom Wohlfahrtsamt irgend eine Unterstützung, weil nach den gesetzlichen Richtlinien über Bedürftigkeit mein Vater „soviel verdient", daß er mich mit ernähren muß. In diesen eineinhalb Jahren wurde das Gehalt meines Vaters mehrere Male abgebaut. Sein Bruttoverdienst ist augenblicklich 52,88 Mark wöchentlich. Davon leben fünf Personen. Am 18. November 1932 stellte ich beim Arbeitsamt wieder einen Antrag auf Krisenunterstützung. Auf meine Stempelkarte druckte der Beamte „erstmalig Kasse am 2. Dezember". Er sagte mir: „Gehen Sie dann zur Kasse." Als ich zur Kasse kam, erhielt ich den Bescheid: „Ihr Zahlbogen ist noch nicht hier." Mit einem Schein mußte ich zur „Auskunft", die etwa 10 Minuten entfernt in einer anderen Straße ist. Dort erhielt ich dann nach *dreistündigem* Warten — Erwerbslose haben ja „Zeit" — den tröstenden Bescheid: „Ihre Akte ist noch bei der Wohlfahrt zur Prüfung. Sie müssen noch warten!"

Am 9. Dezember dieselbe Antwort: „Ihre Akte ist noch nicht zurück." Wieder hatte ich zweieinhalb Stunden warten müssen. Als ich dann am 15. Dezember zum dritten Male in der „Auskunft" erschieen, erklärte mir der Beamte: „Ihre Sache ist Essig! Abgelehnt! Sie bekommen von uns noch schriftlichen Bescheid!" Laut Poststempel erhielt ich dann am 20. Dezember ein Schreiben vom Arbeitsamt, datiert vom *„19. September 1932"* — offenbar haben die Beamten vor lauter Aktenkrämerei die Kalenderzeit vergessen. Kurz wird in dem Schreiben mitgeteilt: „Ihre Unterstützung wird abgelehnt, weil Hilfsbedürftigkeit gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosen- und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 nicht anerkannt wird." Es wird verordnet: Hilfsbedürftigkeit liegt nicht vor, weil die Lasten zu groß sind!

Vier Tage vor dem „gnadenbringenden Fest der Liebe" hatte mich der Staat mit diesem Schreiben beschenkt. Staatliche Nächstenliebe! Ganze vier Wochen und zwei Tage hatte die Behörde gebraucht, um meine Hilfsbedürftigkeit zu prüfen und mir dann mit einer Verordnung zu helfen. Ja, jedem Deutschen steht das Recht zu, ob er es bekommt, darüber entscheiden Paragraphenmenschen! Man sollte jedem Minister oder Ministerialdirektor, der einen Entwurf über Hilfsbedürftigkeit ausheckt, zum Stempeln schicken, damit er seinen Plan selbst zu kosten bekommt. Dann würde es sicher keine solche Verordnung mehr geben!

Zusatzfahrscheine für Omnibusse.

Um vielfachen Wünschen der Fahrgäste entgegenzukommen, wird die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft vom 1. Februar d. J. ab auf Omnibussen einen Zusatzfahrschein zum Preise von 5 Pfg. einführen. Der Zusatzfahrschein, bei dessen Lösung der 25 Pfg.-Umsteigefahrschein der Straßenbahn oder der Untergrundbahn vorzuweisen ist, berechtigt in Verbindung mit diesem zur Fortsetzung der Fahrt auf dem Omnibus, was bisher nur mit Lösung eines neuen 25-Pfg.-Fahrscheins möglich war. Durch die neue Regelung wird den Fahrgästen die Möglichkeit gegeben, bei Umsteigefahrten jedes beliebige, im besonderen das zuerst an der Umsteigehaltestelle eintreffende Verkehrsmittel zu benutzen.

Eine Bande, der bisher 125 Diebstähle nachgewiesen sein sollen, ist von der Delmenhorster Polizei verhaftet worden. Die Diebesfahrten seien bis nach Südoldenburg ausgedehnt worden.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke"

vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA. Berlin S 14. Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann. Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19. Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Feinbesohl-Anstalt und Schuhfärberei **HANS SACHS** Berlin SW / Dresdener Straße 111 garantiert für erstklassige Arbeit

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten **Reform-Nahrungsmittel** zu Ausnahme-Preisen. Bitte, Sonder-Liste anfordern! **Frischkost-Reformhaus Magdeburg** Otto v. Guerickestr. 104.

Nähmaschinen Reparaturen / Reinigung Ersatzteile gut schnell billig **EUGEN GEHM** Frankfurt a. M.-Niederwalt Engelsplatz 12.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei **Kurt Levy, Berlin O112,** Scharnweberstr. 16/17.

Seifen Wirtschaftsartikel gut und preiswert **Otto Scaruppe** Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Erstklassige Maßarbeit Herren- Anzüge Mäntel Damen- Mäntel Kostüme Tadelloser Sitz **Schönheit** MAGDEBURG Johannisbergstr. 10, III. Stoffmuster vorrätig.

Bürobedarfsartikel Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen **A. H. Timmermann** Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Anfertigung eleganter **Damengarderobe** und **Reformkleidung** **I. Fürchtenicht** Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"! **Unterstützt Eure Zeitung!** Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften bei billigster Preisberechnung druckt **A. Janiszewski** Buchdruckerei und Verlag, GmbH. Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F 1 Moritzplatz 5471

Röstkaffee per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark. Lieferung ab 3 Pfund frei Haus. Nachnahme oder Vorkasse auf Postscheckkonto: Hamburg 71108. **Robert Ziegler.** Kaffee-Versand Hamburg 33 / Heidhörn 42.

Sprechapparate Koffer + Schatullen + Schränke **Schallplatten** für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen Verlangen Sie Angebote! **OTTO PFOTENHAUER** Weimar, Röhrstraße 40

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost" **Reformhaus Gesundheitsquelle** **Berlin, Köpenicker Straße 96**

DIE KAMERA BERLIN Unter den Linden 14 – A1 Jäger 2987 Seit 23. Januar: Verlängerte Uraufführung des Eskimo-Films **IGLU** Wildwasserfahrt Ein Kanusportfilm Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Von der Kunst, zu philosophieren. Von Leonard Nelson. 35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark. Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift: „Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft."

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen."
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau" Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten', sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt."
„Der Funke" Nr. 86.

Verlag „Oeffentliches Leben" Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Postscheckkonto Berlin 313 42.

iSK Monatsschrift d. Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. IVA-Berlin / Preis 20 Pf.

HANS LEHNERT: **Der Umbau des deutschen Reiches.** HELLMUT RAUSCHENPLAT: **Die ökonomischen Forderungen des ISK.** **Deng Yen-Da.** (Dem Andenken eines chinesischen Revolutionsführers!) * Zum Nachdenken: Die Schwarze Internationale. **8. Jahrgang Januar 1933**